

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 176 - 18. Jahrgang
Dezember '11 Januar '12
Spendenbeitrag

Beendet den Krieg!

Am 16.11. erinnerte DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern mit einem landesweiten Aktionstag an den Krieg in Afghanistan, der seit zehn Jahren andauert. In Rostock, Schwerin, Stralsund und anderen Städten versuchten wir, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Mit symbolischen Aktionen versuchten wir die Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber dem Krieg zu reißen.



Dazu erklärte DIE LINKE: „Nach zehn Jahren Krieg und ungezählten Opfern ist die Bilanz verheerend. Nichts ist besser geworden in Afghanistan – aber vieles schlechter. DIE LINKE hat von Anfang an vor einem deutschen Engagement am Hindukusch gewarnt und sich klar gegen eine Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen positioniert. Ziviler Aufbau ist das Einzige was den Menschen in Afghanistan helfen kann. Denn nur ziviler Aufbau bringt eine Zivilgesellschaft hervor, ohne die der Einfluss der Taliban nicht zu brechen ist.“ Die LAG Junge Fraktion verteilte in Stralsunds Fußgängerzone über 100 Helium-Luftballons an kleine und große Kinder. Bilder des Krie-

ges wurden mit einem Beamer an eine Wand projiziert und so auf die Schrecken des Krieges aufmerksam gemacht.

In Rostock gab es eine ähnliche Aktion am Südstadt-Center (siehe Foto).

Die Schweriner SPD-CDU-Koalition zieht bei den Theatern und Orchestern des Landes weiter die Daumenschrauben an. Auch hier ruft DIE LINKE zum Protest auf. Eindrücke von der „Theater-Tour“ der Landtagsfraktion findet Ihr in dieser Ausgabe des Klartext.

Text: Carsten Penzlin, Foto: Ronny Schmidt

In dieser Ausgabe

■ Seite 2 : Editorial
■ Seite 3 : Weihnachtsgrüße
■ Seite 4/5 : Theater
■ Seite 6 : Geschichte
■ Seite 7 : Leserbrief
■ Seite 8 : Haushalt
■ Seite 9 : Gedenken

■ Seite 10 : Wahlen Schwaan
■ Seite 11 : Arbeiterfahnen
■ Seite 12 : Vorlesetag
■ Seite 13 : Zu Besuch
■ Seite 14/15 : Weihnachtsgrüße/
Termine
■ Seite 16 : schlechte Verlierer

Liebe Leserinnen und Leser,

Dass dieser Staat sein Gewaltmonopol an Nazis, Hooligans und andere abgetreten hat, ist bekannt. Das wahre Ausmaß dieser Kapitulation hätte ich mir nicht vorstellen können. Im Klartext wird die Berichterstattung über den Kampf gegen Rechts in Zukunft mehr Gewicht bekommen. Wir dürfen uns mit diesen Zuständen nicht abfinden!

Die Oppositionsarbeit der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern nimmt Fahrt auf. Das zeigten die Aktionen gegen den Afghanistankrieg sowie die Solidaritätsbekundungen mit den Theatern. Der Klartext berichtet hierüber, und Eva-Maria Kröger stellt die Situation aus Sicht der Rostocker Bürgerschaftsfraktion dar.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Wir haben nicht nur die beiden Kreisvorsitzenden um Neujahrsgriße gebeten, sondern auch unsere Rostocker OB-Kandidatin Kerstin

Lieblich. Hoffen wir, dass der Januar ein milder wird, damit wir einen grandiosen Wahlkampf hinlegen können.

Ihr haltet jetzt eine Doppelausgabe des Klartext in der Hand, diesmal mit vielen Artikeln aus dem Landkreis. Vielen Dank an die fleißigen Autoren! Anfang Februar melden wir uns wieder. Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern eine friedvolles Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht
Carsten Penzlin



Achtung

Die Geschäftsstelle Rostock ist in der Zeit vom **16.12.2011 bis 04.01.2012** geschlossen. Kassenschluss ist der 15.12.2011.

KLARTEXT online

Sahra Wagenknecht: Pseudo-Mindestlohn der CDU ist eine Täuschung der Bevölkerung

„Ein Mindestlohn, der nicht flächendeckend und rechtlich verbindlich für alle gilt, ist kein Mindestlohn“, erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN, Sahra Wagenknecht, den Beschluss der CDU. Die Bundeskanzlerin erpresst in ganz Europa Lohn- und Sozialdumping. Der Versuch sich mit dem angeblichen Mindestlohn-Beschluss für die hiesige Wahlbevölkerung einen Schafspelz überziehen ist eine primitive und schlecht gelungene Täuschung.

Durch die Umsetzung der CDU-Mindestlohn-Beschlüsse würde sich an den skan-

dalösen Zuständen im deutschen Niedriglohnsektor nichts ändern. Damit hat sich die CDU von den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung endgültig verabschiedet. Über 90 Prozent der Menschen wollen einen echten Mindestlohn. Die Menschenwürde muss durch eine strikte Lohnuntergrenze ohne Ausnahmen für alle geschützt werden – egal ob jemand in der Logistik-Branche oder im Callcenter beschäftigt ist, egal ob jemand im Osten oder Westen dieser Republik arbeitet. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns aber mindestens 10 Euro pro Stunde. Außerdem muss das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro angehoben werden und für dessen Bezieher der Zumutbarkeitsschutz sofort wieder eingeführt werden.

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis
Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.dielinke-baddoberan.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Edeltraud Crepon,
Maren Haase, Lars Kulesch,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet:

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Weihnachtsgrüße

Spätestens ab August kann man die ersten Lebkuchen und Schokoweihnachtsmänner kaufen. Ich schaue immer etwas mitleidig auf Menschen, die zum Herbstanfang Dominosteine futtern. Keine Disziplin bei denen, das geht doch nicht! Die Vorweihnachtszeit beginnt nach Totensonntag! Vorher gibt es keine weihnachtliche Dekoration und auch keine Näschereien.

In diesem Jahr fällt mir diese Zurückhaltung schwer. Bereits Anfang November will ich die Weihnachtssachen aus dem dicken Koffer holen und die Wohnung schmücken. Weiß ich doch, dass die Tage in denen ich das feierliche Rot und das satte Grün auf Decken und Tellern genießen kann, sehr rar gesät sein werden. Mein Umzug steht an. Noch vor Weihnachten will ich endgültig in meine Heimatstadt Rostock zurückgekehrt sein. Die Chancen stehen gut. Eine neue Wohnung ist gefunden, die Möbelhäuser der Stadt habe ich kennen gelernt, der Elektrohändler in der Langen Straße sorgt für meine neue Küche. Das ist alles ganz schön aufregend.

Ich versuche dennoch ein wenig Ruhe in „meinen“ Dezember zu bekommen. Denn der letzte Monat im Jahr ist mir immer ein willkommener Anlass, die letzten Monate Revue passieren zu lassen. Erfahrungen noch einmal verinnerlichen, aus Fehlern lernen. Weggefährten Dank sagen und noch einmal anpacken.

In diesem Jahr gibt es besonders viel zu bedenken. Ein wichtiger Lebensabschnitt geht zu Ende. Ein neuer nimmt gerade richtig Fahrt auf. Viele Pläne für das neue Jahr sind geschmiedet. Die Flyer mit meinem Gesicht liegen in der Geschäftsstelle in der Stephanstrasse und warten darauf, verteilt zu werden. Den November habe ich gut genutzt, habe mit unzähligen Menschen gesprochen. Viele aufgeschlossene, hilfsbereite und erzählwillige Rostockerinnen und Rostocker waren dabei. Ich habe gehört, was den Markgrafenheidern am Herzen liegt, welche Probleme die Kleingärtner plagen. Über die maritime Seefahrt und den Hafen muss ich mich noch schlau machen, da sind mir Wissenslücken aufgefallen. Mir ist klar geworden, es reicht nicht aus, die Serie „Zur See zu kennen“ und mal mitgesegelt zu sein. Ich

habe gelernt, was in Groß Klein los ist und was in Reutershagen. In Evershagen kenne ich jetzt nicht nur den Pilotenausblick aus der 21. Etage im Gästehaus, sondern weiß auch, welche Sorge und Nöte die Bewohnerinnen und Bewohner dort haben. Fragen wurden mir gestellt, über die ich mit meinem Team beraten habe: wie wollen wir die Probleme mit dem Wohnen für Senioren in unserer Stadt anpacken, wie kann eine Oberbürgermeisterin für gute Arbeit sorgen, wie willst Du bekannt werden... ?

dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die es nicht so gut haben. Wir müssen an die denken, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Wenn man mit offenen Augen durch die Straßen von Rostock geht, dann sieht man diese armen Menschen. Der Mann, der mit seinen Händen Flaschen aus dem Abfalleimer fischt, die Frau im Supermarkt, die verstohlen nach abgelauenen Angeboten sucht, weil die billiger sind, der Trinker am Eck, die Kinder, die schon wieder kein Frühstücksbrot mitbekommen haben. Im letzten Monat des Jahres wird es höchste Eisenbahn noch



Noch nicht auf jede Frage habe ich immer eine Antwort, aber ich bin der festen Gewissheit, dass es in Rostock so viele kluge Menschen gibt, die mir helfen wollen und werden. Ich muss das Rad nicht neu erfinden, sondern auf die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Bürgerschaft zurückgreifen.

Etwas was der alte Oberbürgermeister offensichtlich nicht kann, oder dazu nicht bereit ist. So viele Menschen habe ich getroffen, die einfach nur noch verzweifelt sind wegen dieser Art und Weise Stadtpolitik zu betreiben. Das ist mein Vorsatz für das neue Jahr: Ich möchte und kann den Rostockerinnen und Rostockern helfen, ich kann den Stil ändern und der Politik ein neues „Gesicht“ geben. Ein freundliches, zugewandtes, ein fragendes und zuhörendes Gesicht.

Wenn wir mit unseren Freunden und der Familie die Vor- und Weihnachtszeit feiern,

etwas Gutes zu tun. Vielleicht gibt es um die Ecke eine Suppenküche, in der man mal helfen kann? Oder den Verein, der Altes aufarbeitet und weiterverschenkt? Manchmal ist es auch das Gespräch mit der einsamen alten Dame im ersten Stock. Es ist ganz einfach zu helfen. Und hier gilt wieder mein Lieblingspruch: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

Ich danke allen, die mir in den letzten Wochen so wunderbar geholfen haben. Ihr seid toll und es macht ganz viel Spass mit Euch zusammen zu kämpfen! Ich wünsche allen eine besinnliche und auch eine fröhliche Vorweihnachtszeit. Das neue Jahr möge Wünsche und Träume wahr machen, alle sollen die Kraft und die Energie haben, dem Glück auch ein wenig nachhelfen zu können. Gesundheit, Liebe und Freude für Euch und Eure Familien!

Kerstin Liebich



Kulturelle Vielfalt vor dem Aus!

DIE LINKE unterstützt eine Volksinitiative für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in M-V. Am 24.11 sammelten Abgeordnete der Landtagsfraktion, Mitglieder des Kreisverbandes Rostock und der Bürgerschaftsfraktion in Rostock Unterschriften, u.a. abends vor dem Theater im Stadthafen.

Kerstin Liebich, Oberbürgermeisterkandidatin für DIE LINKE in Rostock, erklärte

hierzu: „Das Land der Mecklenburgischen Festspiele spart seine Theater zu Tode! Seit 1994 sind die Zuschüsse an die Theaterhäuser nicht mehr erhöht worden. Obwohl die Personalkosten fast jährlich gestiegen sind und der finanzielle Druck auf die Kulturschaffenden wächst, wälzt die Landesregierung die Verantwortung auf die Häuser ab. Doch hinter den Theatern stehen tausende Angestellte, die kurz vor

Weihnachten in eine unsichere Zukunft geschickt werden. Sie müssen auf Lohn verzichten, Stellenkürzungen ertragen oder um ihre Arbeitsplätze fürchten.“

Auch in anderen Städten gab es während der Aktionswoche zahlreiche Auftritte von Linken (siehe den Bericht von Christian Teske).

Theater und Orchester sind unverzichtbar!

Am Donnerstag den 24.11. machte die Landtagsfraktion Station mit ihrer Theatertour vor Ort in Güstrow. Sie warb und sammelte Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg - Vorpommern“, die kurz zuvor in Schwerin gestartet wurde.

Bei der Aktion am Infomobil vor dem »Hotel Stadt Güstrow« sind, von 9:00 bis kurz vor 12:00 Uhr etwa 220 Unterschriften zusammen getragen worden. – Nun gilt es über die Partei- und diverse Vereinsstrukturen weitere Unterschriften zu sammeln. Ziel ist es die erforderlichen 15.000 Unterstützer/innen für die Volksinitiative bis zum Jahresende zusammenzutragen. Vor Ort waren unter anderem die Landtagsabgeordneten Helmut Holter, Jeannine Rösler, Torsten Koplin, Karen Stramm, Jacqueline Bernhardt, Henning Förster und Mitarbeiter der Fraktion. Mit der Volksinitiative wird der Landtag aufgefordert, unverzüglich die Rahmenbedingungen für den Erhalt der bestehenden Theater und Orchesterstrukturen in ihrer Vielfalt in M-V zu schaffen. Dazu gehört insbesondere eine auskömmliche finanzielle Unterstützung durch das Land. Erstunterzeichner sind Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kultur.

Bei dieser Gelegenheit sprach Jacqueline Bernhardt, die von den Mitarbeitern Walter Lederer, Dr. Volker Meßmann und dem Wahlkreismitarbeiter Sven Sauer begleitet wurde, mit dem zuständigen Dezernenten, Lutz da Cunha, mit der Amtsleiterin, Sabine Stelley, und der Leiterin des Ernst-Barlach-Theaters, Dr. Kersten Klevenow. Jacqueline informierte sich über die Kooperationsbeziehung des »Ernst-Barlach-Theaters« mit der »Theater und Orchester

GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz«, die Finanzierungsquellen des Theaters und die im Laufe der Jahre immer knapper werdende Personaldecke des Beispieltheaters. Die Gesprächspartner/innen machten deutlich, dass die 100.000 € Landesförderung für die Kooperationen von großer Bedeutung sind, um dem Publikum vertretbare Eintrittspreise anbieten zu

ren Theatern und Ensembles zusammen, zu nennen wären hier Parchim, Rostock, aber auch überregionale Partner/innen. Ein gutes Drittel der etwa 30.000 Besucher/innen p.a. bildet die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Eine feste Kooperation mit Rostock wurde aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit mit dem Güstrower Publikum nicht ange-



können. Sie betonen aber auch, dass eine festgeschriebene Summe vor dem Hintergrund der allgemeinen Preisentwicklung auf Dauer keine Lösung bieten kann.

Der Name von Ernst Barlach wird auch als Verpflichtung verstanden, nicht nur »Kassenschlager« ins Programm aufzunehmen, wie es ein Kulturhaus machen müsste, sondern auch einen inhaltlichen Anspruch umzusetzen. Neben der förmlichen Kooperation mit Neubrandenburg/Neustrelitz arbeitet das Ernst-Barlach-Theater seit vielen Jahren auch mit ande-

strebt. Eine Aufführung, die in Rostock auf großer Bühne gezeigt wird, schauen sich die Güstrower Theaterbesucher dort an und nicht auf einer kleinen Bühne in abgespeckter Version in Güstrow.

Darüber hinaus wurden noch anderen Themen wie die zu Tage tretenden Haken und Ösen bei der Umsetzung der Kreisgebietsreform, die Bibliothekenstruktur im Landkreis Rostock, die Schulsozialarbeit, usw. angeschnitten.

Text und Foto: Christian Teske

Gefesselt an die Finanznot - unserem Volkstheater sind die Hände gebunden

Was machst Du, wenn Deine Kosten steigen und steigen, Dein Chef dir nicht mehr zahlen will und Dein Minus immer größer wird? Unser Volkstheater Rostock ist in eine Notlage geraten. Jährlich stiegen die Personal- und Betriebskosten, die Zuschüsse jedoch sanken oder blieben gleich. Spart Kosten ein, aber erhöht eure Einnahmen! So lauteten die Forderungen des Landes und der Stadt. Wie soll das gehen? Innerhalb der letzten 10 Jahre sah sich das Haus gezwungen, 22 Prozent seiner Mitarbeiterinnen und somit über 18 Millionen Euro Lohnkosten einzusparen. 76 Stellen wurden ohne jedes Konzept abgebaut. Das hat qualitative Einbußen verursacht. Doch neue Tariflohnerrhöhungen haben die schmerzlichen Kürzungen fast gänzlich aufgeessen. Die realen Einsparungen sind nur marginal. Dazu kam die Fehlentscheidung der anderen Fraktionen, aus dem Theater eine GmbH zu machen. Ein Betrieb wurde ins Leben gestoßen, ohne Eigenkapital, ohne finanzielle Sicherheit, ohne Zukunft.

Nachdem jahrzehntelang nicht in das marode Große Haus investiert wurde, musste es geschlossen werden. Das Theaterzelt kostet viel Geld und es fehlen Einnahmen aufgrund der Schließung. Die Bürgerschaft hat bereits nachfinanziert und wird wohl auch das neue Minus von 1,45 Millionen Euro für das kommende Jahr bereitstellen. Immerhin! Schließlich soll auch ein Neubau her, finanziert mit Landesmitteln. Das

bringt das Rostocker Vierspartenhaus, das seit Jahren mit dem Land in Fehde liegt, in eine Situation noch größerer Abhängigkeit. Das Resultat: der Abschied vom Flächentarifvertrag. Auch wenn sich SPD und CDU neuerdings als Lohnerhöher geben, verlangen sie eine Haustarif-Variante. Was bedeutet das? Über 80 Prozent der



Gesamtkosten des Theaters entfallen auf das Festpersonal. Ein befristeter Haustarifvertrag könnte das Defizit erheblich reduzieren, da die Löhne auf dem jetzigen Niveau eingefroren werden, und zwar für alle Sparten. Betriebsbedingte Kündigungen sind somit praktisch auszuschließen. Gibt es eine Alternative? Die Landesregierung versteckt sich feige hinter For-

derungen, und in der Stadtpolitik gibt es keine Mehrheit für eine jährliche Erhöhung der Zuschüsse, um weiterhin nach Flächentarif zahlen zu können. Das heißt, die Kosten steigen weiter, Dein Chef gibt Dir nicht mehr Geld und Dein Minus wird größer. Bleibt es dabei, geht das Theater in die Insolvenz. Uns sind die Hände gebunden. Außerdem braucht die GmbH endlich ein umfangreiches Konzept, das Entwicklungspotentiale aufzeigt und die Attraktivität des Hauses erhöht. Viel zu lange wartet das Theater auf Visionen. Ein vorliegender Entwurf beinhaltet eine Marktanalyse, Marketingstrategien und die deutliche Aussage: Eine Reduzierung der Sparten lohnt sich nicht! Und unser Haus am Stadthafen? Die Ertüchtigung des Theaters am Stadthafen (TIS) kann die Eigeneinnahmen erhöhen. Eine Schließung des Hauses würde hingegen zur Auflösung der Sparte Schauspiel führen, dies wäre jedoch sehr unwirtschaftlich und in kultureller Hinsicht eine Katastrophe. Ich meine, lasst uns weiter für unser Theater kämpfen! Es vermittelt Werte, bildet und stärkt die Demokratie. Es bewahrt das kulturelle Erbe und stellt sich den Zukunftsfragen. Nicht zuletzt ist es ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, als Unternehmen mit vielen Beschäftigten, als Partner der Gastronomie und des Tourismus.

Eva-Maria Kröger

Aus dem Landesvorstand

Der Landesvorstand fasste am 5.11. den folgenden Beschluss: Ein Plädoyer für die Urwahl

Der nächste Bundesparteitag der LINKEN findet voraussichtlich in sieben Monaten in Göttingen statt. Die Delegierten werden in Niedersachsen unter anderem eine neue Parteispitze und eine neue Bundesgeschäftsführung wählen. Ein wesentliches politisches Ziel der LINKEN ist mehr direkte Demokratie. Was wir für die gesamte Gesellschaft anstreben, sollte sich auch in unserem eigenen, parteiinternen Verhalten widerspiegeln. Aus diesem Grund spricht sich DIE LINKE M-V für eine Befragung aller Parteimitglieder aus, wenn

es um die Wahl der Parteispitze geht.

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern plädiert daher für eine Urwahl, welche im I. Quartal 2012 durchgeführt werden sollte. Im Vorfeld sollen dazu Regionalkonferenzen abgehalten werden, auf denen die Kandidierenden sich den Fragen der Mitglieder stellen. Wir versprechen uns davon ein baldiges Ende der Personaldebatten und Klarheit in Personalfragen. Um auch in Zukunft eine transparente und demokratische Wahl der Parteispitze zu gewährleisten, spricht sich DIE LINKE M-V prinzipiell für die Mitgliederbefragung als Mittel aus.

Auch die Doppelbesetzung der Bundesge-

schäftsführung sollte neu überdacht werden. Der Mitgliederentscheid von 2010 hat die Möglichkeit eingeräumt, zur Einzelbesetzung dieser Funktion zurückzukehren. DIE LINKE M-V hat seit April 2010 keine Verbesserung der Arbeitsweise der Bundesgeschäftsführung feststellen können, und spricht sich daher zur Neubesetzung mit einer (m) BundesgeschäftsführerIn aus.

DIE LINKE M-V ist außerdem der Meinung, dass das Zusammenwachsen einer Partei Sache aller Mitglieder ist, und nicht zentral gesteuert werden kann. Daher sehen wir die Funktion der Parteibildungsbeauftragten als überflüssig an.



„Die Welt so sehn, wie sie wirklich ist – in ihrem eigenen und in keinem phantastischen Zusammenhang!“ (Hegel)

Peter Ritter: (M)ein Standpunkt zur Geschichtsdebatte um den 13. August 1961

Mein Fazit vorweg: Geschichte kann man nicht per Parteitagsbeschluss klären oder erklären. Schon gar nicht, wenn es eigentlich nicht um das geschichtliche Ereignis geht, sondern persönliche Befindlichkeiten eine Rolle spielen.

Die Feststellung: „Ich lass mir doch von so einem jungen Schnösel nicht erklären, wie die Geschichte war...“ war im Vorfeld des Landesparteitages am 13. August 2011 ein schlechter Ratgeber, der die Konsenssuche von vornherein unmöglich machte. Die Bewertung geschichtlicher Ereignisse ist immer subjektiv geprägt.

Den „Mauerbau“ und seine Folgen beurteilte mein Vater – mit 18 an die „Ostfront“ gekommen und erst 1949 kriegsverletzt aus sowjetischer Gefangenschaft heimgekehrt, anders als ich, der ich zwei Jahre alt war, als die „Mauer“ gebaut wurde.

Dennoch lebten wir beide sehr bewusst in der und für die DDR.

Die Situation an der Grenze beurteilen meine ehemaligen Klassenkameraden, die – wollten sie nicht drei Jahre zur NVA, aber sehr wohl studieren – an der Grenze dienen mussten, anders, als Menschen, die diese Grenze hinter sich lassen wollten. Meine Schulfreunde jedenfalls sind froh, dass sie an der Grenze nicht von der Schusswaffe Gebrauch machen mussten. Die Frage, ob und wie sie bei einer Grenzverletzung gehandelt hätten, bewegt sie noch heute.

Die Einschnitte, die die Grenze zwischen DDR und BRD für Künstlerinnen und Künstler oder Sportlerinnen und Sportler mit sich brachte, beurteilen diese bestimmt anders als ich, der nie in die Verlegenheit kam, auch nur einen Augenblick darüber nachzudenken, den „Klassenfeind“ zu besuchen....

Ich verstand aber auch nicht, dass der Bruder meines Vaters – nach dem 2. Weltkrieg zufällig im „Westen“ gelandet – weder seinen Bruder, meinen Vater (der zufällig im „Osten“ seine Heimat fand) besuchen, noch zur Beerdigung meines Großvaters anreisen durfte.

Dass mir später dann ein Studium in der UdSSR verwehrt wurde, wie es hieß, zu meiner und zur Sicherheit der NVA, passt in dieses Bild.

Neben diesen sehr persönlichen Reflexio-

nen bleibt für mich jedoch – mit der Sicht von heute, und den Schlussfolgerungen für morgen – festzustellen:

Durch die „Mauer“, die als Symbol für die Grenze zwischen DDR und BRD steht, wurde ein ganzes Volk daran gehindert, das westliche Ausland zu besuchen oder dahin auszureisen.

Damit verstieß die DDR gegen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO, in deren Artikel 13 es heißt: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“ Auch nach der Unterzeichnung der „Schlussakte von Helsinki“ durch die DDR blieben Stacheldraht und andere Grenzsicherungsanlagen vorrangig nach innen- gegen das eigene Volk – gerichtet.

Auf Dauer lässt sich so kein Staat errichten, der für sich in Anspruch nimmt, die bessere, die gerechtere Gesellschaftsordnung zu sein.

Ich bestreite nicht, dass das Grenzregime zwischen BRD und DDR- wie eben beide Staaten selbst – Ergebnis der Nachkriegsordnung ist.

Niemand wird auch die besondere Rolle Westberlins und seiner offenen Grenzen im Kalten Krieg bestreiten: üppiges und anziehendes Schaufenster des Westens, Spionagezentrum und Hauptort, von dem aus Bürgerinnen und Bürger in den Westen abgeworben wurden. Eine „offene Wunde“ für die DDR.

Die Gründe für das Ausbluten der DDR und ihr Ende 1989 waren aber m.M. nach andere und konnten auch durch die „Mauer“ nicht aufgehalten werden. Der 13. August 1961 kann deshalb nicht isoliert betrachtet und als alternativlos dargestellt werden.

Der 13. August 1961 ist für mich Beleg für das Scheitern des Versuchs, der DDR das sowjetische Sozialismusmodell überzustülpen. Die politische Entwicklung in der SBZ/DDR bis 1961 ist das klassische Modell für den Export einer Revolution. Gemessen an Lenins Äußerungen über die Etappen einer sozialistischen Revolution in „zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ bleibt festzustellen: Alle Aufgaben, die laut dieser Revolutionstheorie zu lösen waren, wurden von der Besatzungsmacht vorgegeben bzw. von ihr wesentlich dominiert und von ihr – soweit es nötig war, auch mit Gewalt – durchgesetzt. Die „Lösung der Machtfrage“ erfolgte durch die Besat-

zungsmacht, die den Aufbau neuer staatlicher Strukturen entscheidend dominierte und stalinistische Strukturen in ihrem Herrschaftsbereich durchsetzte. Der DDR und ihrer Führung fehlte jegliche Souveränität. Selbst die Ablösung von SED-Generalsekretären bedurfte des Abnicken aus Moskau...

Unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges, der zwei neue politische Machtzentren auf der Welt entstehen ließ, begann der „Kalte Krieg“ zwischen beiden Imperien um die Vorherrschaft auf der Erde. Die Gefahr, dass dieser in einen „heißen Krieg“ umschlagen könnte, war jederzeit real:

Am 09.02.1946 erklärt Stalin aus der „Unvereinbarkeit“ von Kapitalismus und Sozialismus die Unausweichlichkeit eines neuen Weltkrieges. Am 12.03.1947 formuliert Truman im US-Kongress die künftige Außenpolitik der USA, die auf wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe für „von kommunistischen Bewegungen und Staaten bedrohte Länder.“ setzt.

Der „Mauer“ und Westberlin kommen im Zuge dieses „Kalten Krieges“ eine besondere Bedeutung zu. Im Juni 1961 wiederholt Chruschtschow bei einem Gipfeltreffen mit Kennedy in Wien die Forderung, dass Westberlin zur DDR gehört und will die bis dahin von der UdSSR in Westberlin ausgeübten Hoheitsrechte an die DDR übertragen.

Kennedy warnt: Wenn die Hoheitsrechte an die DDR übertragen werden, sei dies ein Kriegsgrund. Am 20.07.1961 beginnen unter Leitung und Verantwortung von Generaloberst Jakubowski (Chef der GSSD) die unmittelbaren Vorbereitungen für den „13. August“. Nach Tagungen der KP-Führer der Warschauer Vertragsstaaten Anfang August in Moskau, der Tagung der Volkskammer am 12. August und der „Gemeinsamen Erklärung“ der Warschauer Vertragsstaaten erfolgt am 13. August 1961 die Sperrung von 68 der 80 Sektorenübergänge zwischen Ost- und Westberlin.

Die USA verstärken am 17. August ihre Westberliner Garnison um 1500 Mann. Am 27.10.1961 stehen sich am „Checkpoint Charlie“ 14 Stunden lang sowjetische und US-amerikanische Panzer gegenüber. Am 19.11.1961 beginnen entlang der „Mauer“ Arbeiten zur Errichtung von Betonbefestigungen und Panzersperren.

Bis dahin hatten 2. 668. 566 Bürgerinnen und Bürger die DDR verlassen.

24 Ideen

von Euch **für Rostock.**
Diskutieren. Sortieren.
Wir kümmern uns drum.

Bei unserem Adventskalender bekommt Ihr nichts, sondern können etwas geben:

Eure besten Ideen für Rostock. Wie kann unsere Stadt noch gerechter, noch schöner, noch lebenswerter werden? Reicht Eure Ideen hier ein und stimmt über Ideen anderer ab. Die Ideen mit den meisten Stimmen packt Kerstin Liebich an – wenn

möglich sofort, ansonsten nach der Wahl.

So funktioniert es:

Hinter dem aktuellen Türchen verbirgt sich ein Formular. Das könnt Ihr benutzen, um uns Eure Idee zu schicken. Hinter den roten Türchen findet Ihr Ideen, die bereits eingereicht sind und eine Möglichkeit,

über diese Idee abzustimmen. Klickt Euch durch, macht mit. Am besten jeden Tag. Für jede Idee, die pro Tag eingereicht wird, erhaltet Ihr ein virtuelles Los und damit die Chance, Eintrittskarten für das Volkstheater zu gewinnen.

www.rostock-lieb-ich.de

Am 24.08.1961 ist der erste Tote zu beklagen. Der 24-jährige Günter Litfin wird beim Fluchtversuch erschossen.

Der Reise- und Besucherverkehr zwischen der DDR und Westberlin bzw. der DDR und der BRD unterlag in der Nachkriegsordnung auch den Regelungen der Besatzungsmächte. Die West-Alliierten hoben am 16.11. 1953 den „Interzonenpass“-Zwang für Reisen in die BRD auf, am 25.11. wurde gleiches für BRD-Bürger bei Reisen in die DDR verfügt.

Am 15.09.1954 wird in der DDR ein „Pass-Gesetz“ erlassen, für Grenzübertritte sind bei den Pass- und Meldestellen Visa zu beantragen. Verstöße gegen das Gesetz, wie das „Verlassen der DDR ohne Genehmigung“, werden mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren geahndet.

1957 erfährt dieses Gesetz eine Veränderung, bei dem auch schon „Vorbereitung und Versuch“ der unerlaubten Ausreise

mit bis zu drei Jahren Haftstrafen belegt werden. Von „Reisefreiheit“ kann also schon lange vor dem 13. August 1961 keine Rede sein.

Auch der Ruf nach demokratischen Reformen wurde immer wieder unterdrückt.

Am 06.02.1958 wurden die Politbüro-Mitglieder Wollweber, Oelsner und Schirde-
wan aus der SED ausgeschlossen, da sie „unberechtigte“ Forderungen nach demokratischen Reformen in der DDR gestellt hatten.

Der 1961 von der 14. Tagung des ZK der SED gefasste Beschluss „ein vielseitiges kulturelles Leben zu entwickeln.“ wurde im Dezember 1965 wieder zurückgenommen. Das vom VI. Parteitag der SED initiierte „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (mit der Orientierung auf „ökonomische Hebel“ wie Kosten, Preis, Umsatz, Gewinn, Lohn...) erlebt spätestens mit Ulbrichts Sturz sein Ende.

Dieses neue System der Ökonomie aber konnte nicht reifen, weil es keine Öffnung im politischen und geistig-kulturellem Leben der Gesellschaft gab –so Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989.

Das alles führte zum Scheitern des Sozialismusversuchs in der DDR. Ein Versuch, der auch nicht mit einer „Mauer“ gesichert werden konnte. Ein Versuch, der aber durch die Opfer der Mauer gekennzeichnet ist. Sich dem Gedenken aller Opfer der Mauer zu entziehen, bedeutet daher auch, sich dem Nachdenken über eigene Verantwortung und den notwendigen Schlussfolgerungen für künftige Politik zu verweigern. Das schadet unserer Politik und unserer Partei.



Leserbrief zu Hans Warnke

Beim Lesen des Artikels über Hans Warnke (Oktober-Ausgabe) kam mir eine Erinnerung an den ehemaligen Vorsitzenden des Rates des Bezirkes in den Sinn, die mich außerordentlich beeindruckt hat und seine Haltung treffend charakterisiert. Ich war seit Mai 1954 Mitarbeiter in der Abt. Verwaltung Volkseigener Güter beim Rat des Bezirkes Rostock. Unser Abteilungsleiter war damals Genosse Albert Schäfer,

ehemals in leitender Funktion in der Abt. Landwirtschaft beim ZK der SED.

Anfang 1955 kam Hans Warnke zu mir in eine Belegschaftsversammlung, um die Abberufung des Genossen Schäfer zu begründen. Ihm reichten dazu drei Sätze, die in der Deutlichkeit ihrer Aussage nicht zu überbieten waren: „Der Genosse Schäfer hat einen schweren Fehler begangen.“ Pause. „Er hat die Mutter verraten.“ Pau-

se. „Er hat nicht mehr an die Kraft der Arbeiterklasse geglaubt.“

Diese Aussage war derart plastisch, dass sie in meiner Erinnerung nicht verblassen wird.

Günter Waldschläger (Satow, Ortsteil Heiligenhagen), 26.10.2011



Ein Haushalt ohne Blick für das Rechte

Es sind vor allem zwei Themen, die im Moment die Schlagzeilen beherrschen. Zum einen ist es der braune Terror, zum anderen ist es weiterhin die Eurokrise. Beide Themen spielen natürlich auch eine Rolle in den Haushaltsberatungen für 2012, die kürzlich im Bundestag abgeschlossen werden.

Man müsste sich wünschen, dass die Enthüllungen über die Mordserie der Nazis zwei oder drei Wochen früher gekommen wären. Denn auch dieses Jahr wurden von CDU, CSU und FDP in den Ausschussberatungen sämtliche Anträge abgelehnt, die eine Ausweitung des Kampfes gegen den Rechtsextremismus vorgesehen haben. Selbst die Aufforderung blieb ungehört, geplante Kürzungen nicht umzusetzen.

Wobei es leider wohl doch nichts geändert hätte. Denn die Ignoranz und Verklärung der tatsächlichen Lage wird immer wieder deutlich. Da behauptet die für die „Extremismusprogramme“ der Bundesregierung zuständige Ministerin, Kristina Schröder, am letzten Freitag in einem Interview, die Opposition habe im Haushaltsausschuss nichts gegen die Kürzungen gehabt. Abgesehen davon, dass das eine infame Lüge ist, ändert es nichts an der Notwendigkeit, mehr gegen den Rechtsextremismus zu tun. Selbst wenn es so wäre, dass die Opposition für die Kürzungen wäre, müsste eine problembewusste Ministerin anders agieren. DIE LINKE fordert weiterhin eine Aufstockung der Mittel gegen Rechtsextremismus. Über die Notwendigkeit sollte man eigentlich nicht mehr streiten müs-

sen. Eigentlich.

Natürlich überlagert diese Diskussion aber noch jede Menge anderer Baustellen im Bundeshaushalt. Die Bundesregierung hat etliche Zusagen gemacht, um in der Eurokrise einzuspringen, wenn Banken und Konzerne um die Werthaltigkeit ihrer Anleihen bangen. Die entsprechende Vorsorge dafür hat sie im Haushalt aber nicht getroffen. Wenn da etwas auf uns zukommt, dann muss wieder hektisch reagiert werden.

Überhaupt hat die Regierung aus meiner Sicht Wahrnehmungsstörungen. Da wird ein Haushalt beschlossen, der 26,2 Milliarden Euro - 26.200.000.000 € - neue Schulden vorsieht. In der gleichen Sekunde, wo diese neuen Schulden beschlossen werden, zeigen Merkel & Co. mit dem Finger auf andere, weil sie auch neue Schulden machen. Dabei sprudeln die Steuereinnahmen wie selten zuvor und noch immer wird auf eine angemessene Besteuerung der großen Vermögen, der Konzerne und Banken, der Hedgefonds und großer Erbschaften verzichtet. Können und wollen sind aber bekanntlich zwei verschiedene Dinge.

Nun kann man der Regierung aber nicht vorwerfen, dass sie keine Einsparungen vornimmt. Sie spart, aber wie üblich an der falschen Stelle. In der Hansestadt Rostock wird nach der Oberbürgermeisterinnenwahl im Februar hoffentlich Kerstin Liebich die Stadtverwaltung leiten. Noch haben wir eine Reihe von Projekten, die über das Bundesprogramm „Soziale Stadt“

finanziert werden. Eine Reihe von Maßnahmen finden sich im „Stadtumbau Ost“ wieder. Als großen Erfolg verkaufen es nun die selbstgefühlten Haushaltssanierer der Koalition, dass die Programme nicht so stark gekürzt wurden, wie im letzten Jahr angekündigt. Dabei wird deutlich, dass sie bis heute nicht verstehen oder verstehen wollen, dass die Politik der letzten Jahre den Kommunen die Luft zum Atmen nimmt. Ohne diese Programme können so sinnvolle Dinge wie Stadtteilmanager nicht mehr bezahlt werden, weil den Kommunen das Geld dafür fehlt. Das Ergebnis ist, dass der Aufbau oder die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, vor allem in Problemvierteln ausbleibt. Und am Ende wundern wir uns, dass keiner mehr da war, um die Demokratie zu verteidigen. Da sind wir wieder beim Ausgangspunkt. Die Bundesregierung sieht einfach die Probleme nicht, und das zeigt sich dann auch im Haushalt.

Im Sommer 2012 ist es 20 Jahre her, dass in Rostock-Lichtenhagen das Sonnenblumenhaus brannte. Vier Tage lang hatten hirnlose Idioten und Nazis gewütet. Jetzt ist wieder ganz oft zu hören, dass Rostock keine Nazihochburg sei. Das hoffe ich. Aber es gibt viel zu viele Hochburgen und es gibt viel zu viele, die nicht hinschauen. Das sieht man auch am Bundeshaushalt 2012.

Von Steffen Bockhahn

Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer

Resolution des Parteivorstandes vom 19. November 2011

Wir trauern um Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Kiliç, Yunus Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik, Halit Yozgat und Michéle Kiesewetter.

Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer der neofaschistischen Morde, und wir

bedauern es zutiefst, dass sie erst jetzt Gewissheit bekommen, wer ihre Angehörigen ermordet hat.

Die Mordserie durch die neofaschistische Terrorzelle NSU hat zu einem großen Polizei- und Geheimdienstskandal geführt. Nach dem, was jetzt öffentlich bekannt ist, hat es schon zu Beginn der Morde eindeutige Hinweise ins rechtsextreme Milieu

und auf die Tätergruppe gegeben. Führende Polizei- und Verfassungsschutzbeamte haben jedoch angewiesen, diese Spuren nicht weiter zu verfolgen. Sie gingen von der rassistischen Hypothese aus, dass die Morde an den Händlern mafiöse, in migrantischen Milieus wurzelnde Hintergründe haben müssten.

Wir verlangen eine lückenlose Aufklärung,



welche Beamten wann an welcher Stelle vorhandene Spuren der NSU ignoriert und für Desinformation der Öffentlichkeit, vor allem der Angehörigen der Opfer gesorgt haben. Wir verlangen lückenlose Aufklärung, was die Sicherheits- und Justizbehörden wussten und was sie ignorierten. DIE LINKE fordert die Abschaffung von Geheimdiensten.

Wir lehnen alle Forderungen nach mehr Befugnissen für Polizei und Geheimdienste – wie die Einführung einer Zentraldatei für neofaschistische Terroristen und die Vorratsdatenspeicherung – ab. Wir haben keinen Mangel an technischen Möglichkeiten, sondern offenkundig einen Mangel an demokratischem Bewusstsein in den Sicherheitsbehörden.

Wir fordern den Abzug aller V-Leute der Verfassungsschutzbehörden aus der NPD,

den Kameradschaften und dem gesamten rechtsextremen Milieu. Die V-Leute sorgen nicht für mehr Information der Sicherheitsbehörden. Im Gegenteil: Vor allem die Verfassungsschutzbehörden finanzieren über die V-Leute zumindest indirekt den Aufbau neofaschistischer Strukturen mit, weil sie die V-Leute bezahlen.

Die Verfassungsschutzbehörden dienen nicht der Aufklärung rechtsextremer Aktivitäten, ihre V-Leute sind oftmals Beteiligte. Wir bekräftigen unsere Forderung, die verfassungsfeindliche NPD zu verbieten.

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Antifaschistische Pressearchive, Opferberatungsstellen, mobile Beratungsteams tragen weit mehr zur öffentlichen Aufklärung rechtsextremer Umtriebe und Gewalt bei als irgendeine Verfassungsschutzbehörde.

Wir fordern die Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte und Organisationen gegen Neofaschismus und rechtsextreme Gewalt. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Ansatz für die Projektfinanzierung zu erhöhen und vor allem die sogenannte Extremismusklausel zu streichen. Diese hindert viele Projekte daran, Mittel des Bundes für ihre zwingend notwendige Arbeit zu beantragen.

Wer die Demokratie gegen neofaschistische Gewalt stärken will, muss die demokratische Zivilgesellschaft stärken und nicht unter Verdacht stellen. Wir sehen uns in der Verantwortung, jeder Form von Rassismus und Neofaschismus entgegenzutreten und uns aktiv an Protestaktionen dagegen zu beteiligen.

Gedenken an die Opfer des Faschismus

“Dies ist ein Dokument gegen das Vergessen,” mit diesen Worten stellte Ida Schillen als Vorsitzende der VVN-BdA Rostock am Freitag, 11. November 2011, im Peter Weiss Haus die Dokumentation über die “Gedenkstätten für Opfer und Verfolgte des Naziregimes auf dem Neuen Friedhof in Rostock” vor. Die Dokumentation ist die Grundlage für weitere Verhandlungen mit der Stadt Rostock, damit die einzelnen Grabstätten nicht entfernt werden und dass auf dem Friedhof eine würdige Form des Gedenkens an die Opfer des Naziregimes realisiert werden kann. Die AutorInnen Dr. Johanna Jawinsky, Hannelore Raabe (beide im Vorstand VVN-BdA Rostock) und Roman Guski (Student Uni Rostock) erläuterten den Inhalt der 80seitigen Broschüre, in der erstmalig Informationen und Kurzbiografien der Opfer des Naziregimes, die auf dem Neuen Friedhof bestattet wurden, dokumentiert werden. Rund 50 Gäste waren zur Vorstellung der Dokumentation gekommen. Herausgeberin der Broschüre ist die VVN-BdA MV Rostock, sie entstand



mit Unterstützung von Sobi Soziale Bildung Rostock und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg Vorpommern. Die Broschüre kann bei rostock@vvn-bda.de angefordert werden.

Text und Foto: www.idaschillen.de



Liebe Leserinnen und Leser,

„Das und die Beste für Schwaan,“ darauf haben sich CDU und DIE LINKE in Schwaan verständigt. Mit einer gemeinsamen Kandidatur der parteilosen 46jährigen Filialleiterin der Volks- und Raiffeisenbank, Frau Wiebke Eckart, wollen wir erstmals eine Frau mit Tatendrang, Konzepten und Qualifikation als Bürgermeisterin der Stadt Schwaan.

Es war der Wunsch der CDU, dass DIE LINKE in Schwaan eine Kandidatur von Frau Eckart mit trägt. Frau Eckart hat sich den Mitgliedern unserer Partei ausführlich vorgestellt, ihre Vorstellungen und Ziele dargelegt, Fragen der Mitglieder beantwortet und vorherige Zweifel schnell beseitigt. Mit großer Mehrheit wählten wir sie als Kandidatin der Linken auf einer gemeinsamen Liste mit der CDU. Es geht in Schwaan um eine kommunale Sachpolitik zum Wohle der Einwohner und seiner Gäste. Um „Das Beste für Schwaan“ zu erreichen, ist es besser miteinander zu arbeiten, als sich dem großen politischen Parteiengenzänk auf höheren Ebenen anzuschließen.

Die ausgebildete Lehrerin ist seit zehn Jahren in Schwaan als Filialleiterin der VR-Bank tätig und dadurch mit vielen Schwaanern in Kontakt und mit unserer Stadt eng verbunden. Sie ist Mitglied des Gewerbestammts Schwaan.

Seit 2004 ist Frau Eckart in der Kommunalvertretung in ihrem Heimatort Steinfeld für die Freie Wählergemeinschaft „Frischer Wind“ aktiv. In den wichtigen Bereichen Haushalt und Finanzen arbeitete sie in den Ausschüssen mit.



„Geht nicht, gibts nicht“ – bei Frau Eckart und so packt sie schon mal mit an. Hier beim Jugendklub Jot Cee, als der neue Gehweg gebaut wurde. Foto: Prehn

Das Beste für Schwaan

CDU
DIE LINKE.



Nach ihrer Vorstellung auf der Mitgliederversammlung der Linken überreichten wir der Bürgermeisterkandidatin Wiebke Eckart einen Blumenstrauß und ein kleines Präsent. Foto: T. Schlutow

Da Frau Eckart schon länger als Bürgermeisterkandidatin im Gespräch ist, hat sie die Zeit genutzt, um sich über viele Belange der Stadt und ihrer Einwohner zu informieren. Sie nahm Kontakt zu Firmen und Vereinen auf, nutzte die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen mit den Bürgern, um von ihren Sorgen und Vorstellungen für die

zukünftige Entwicklung unseres schönen Städtchens zu erfahren.

Sie will u. a. den Schulstandort Schwaan stärken, den Tourismus fördern, für die Ansiedlung weiterer Firmen werben, mehr Bürgerfreundlichkeit und Service nach Schwaan bringen, das Vereinsleben weiter fördern und unterstützen u. v. m.. Ihr genaues Wahlprogramm wird Frau Eckart Ihnen vor der Wahl in einem Flyer und auf Veranstaltungen mitteilen. Für beide Parteien – CDU und DIE LINKE – ist es wichtig, dass eine kompetente Persönlichkeit für das wichtige Amt des Bürgermeisters aufgestellt wird, die einen Bezug zu Schwaan und trotzdem eine gewisse Unvoreingenommenheit hat.

„Frischer Wind“ ist der Name ihrer Wählergemeinschaft in Steinfeld. Wir hoffen, dass Frau Wiebke Eckart diesen auch als zukünftige neue Bürgermeisterin nach Schwaan bringt.

Mit freundlichem Gruß

Torsten Schlutow
DIE LINKE. Amt Schwaan

Schwaaner Fahnen gesucht



Liebe Leserinnen und Leser,

unser Heimatforscher Fritz Luckmann und die Stadt Schwaan sind sehr daran interessiert, dass für die Schwaaner Geschichte alte wertvolle, aber verschollene Traditionsfahnen in ihre Heimat zurückkehren und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Diese Fahnen und Wimpel haben eine bewegende Geschichte hinter sich, denn sie mussten lange Zeit versteckt werden, um der Vernichtung durch die Nazis im Dritten Reich zu entgehen. Zehn von Elf, vorwiegend Arbeiter-Fahnen, überlebten die Nazi-Zeit und wurden 1945 voller Stolz präsentiert. Doch im Verlaufe letzten Jahrzehnte

konnte die Geschichte der Fahnen nicht mehr nachvollzogen werden und ihr Aufenthalt ist bis heute unklar. Nur eine Fahne wurde von einem Bützower (der Name ist in Vergessenheit geraten) an Herrn Burzloff von der Stadtverwaltung Schwaan zurückgegeben. Dort schmückt sie heute sein Büro. Es ist die des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Siva“ von 1896.

Herr Luckmann bat mich um Hilfe und vermutet weitere Fahnen im Bützower Besitz, da Bützow sehr lange Kreisstadt und somit Behörden- und Parteilzentrum war. Eine Nachfrage im Bützower Heimatmuseum ergab kein Ergebnis. Aber vielleicht haben ehemalige Genossen oder Erben oder Liebhaber diese, für Schwaan so wertvollen Stücke im Besitz. Schwaan zählte bis 1952 zum Kreis Güstrow. Auch dahin könnten die Spuren der Fahnen gelangt sein, genauso wie nach Schwerin, der damaligen Bezirksstadt mit vielen Museen und Archiven. Aber vielleicht hat auch der eine oder andere Schwaaner so eine Fahne, ohne sich bewusst zu sein, welche bedeutende Geschichte für die Stadt dahinter steckt und ist bereit, diese der Stadt zu übergeben.

Eine Abschrift des Artikels aus der Volksstimme Nr. 29, Ausgabe vom 13.12.1945

lesen Sie hier:

In Kümmernis und Dunkelheit mussten wir sie bergen

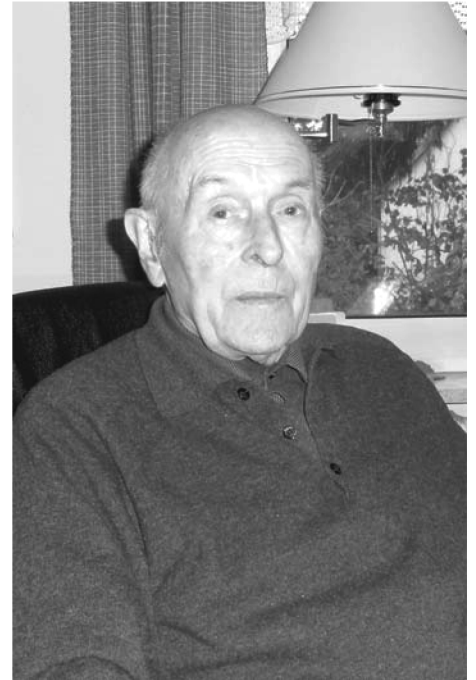
Schwaan. Nach 12jähriger Tyrannei konnten wir endlich unsere Fahnen aus mannigfaltigen Verstecken herausholen. Wir konnten unseren Mitgliedern zeigen, daß wir unsere Symbole der Arbeiterbewegung, bis auf eine Fahne gerettet haben.

Durch spontanes Erheben von den Plätzen gaben Genossinnen und Genossen Freude und Erstaunen kund. Es sind zehn Fahnen, nämlich 2 der SPD, 1 des Arbeiter-Turn- und Sportvereins, 1 des Arbeiter-Radfahrer-Vereins, 1 des Baugewerksbundes, 3 des Reichsbanners, 1 Wimpel der SAJ und eine alte Fahne der Zimmerer von 1863.

Leider ging die Fahne der Fabrikarbeiter durch schändlichen Verrat der Herren ... und ... verloren.

Es war ein erhebendes und mitreißendes Gefühl, als unsere so lange verbannten Fahnen in den Saal getragen wurden. Und die Jugend staunte und machte ein ungläubiges Gesicht, auf einmahl Fahnen zu sehen, von der sie gehört, die sie aber nie gesehen hatte.

Allen aufrichtigen Genossen Dank und Anerkennung, daß sie das Wagnis des Verstecks auf sich genommen haben. Mögen ihre Mühen und Sorgen den größten Erfolg haben. Mögen alle mithelfen beim Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland.



Der Schwaaner Ehrenbürger Fritz Luckmann hat umfangreiche Verdienste, was die Aufarbeitung der Geschichte von Schwaan und den Gemeinden des Amtes betrifft. Der große Wunsch des gerade 83 Jahre jung gewordenen Heimatforschers ist, dass die Traditionsfahnen wieder zurückkehren und ausgestellt werden.

Wenn Sie uns weiter helfen können, wenden Sie sich bitte entweder an:

Fritz Luckmann
Bützower Straße 55B
18258 Schwaan
Tel.: 03844 813531

Torsten Schlutow
Tannenbergsiedlung 24
18258 Schwaan
03844 811045
dielinke.schwaan@arcor.de

Stadt Schwaan
Rathaus II
Kirchenstraße 3, Raum 2.1
1. Stadtrat, Herrn Burzloff
18258 Schwaan
Telefon: 03844 841113
stadt-schwaan@mvnet.de

Mit freundlichem Gruß

Torsten Schlutow
DIE LINKE. Amt Schwaan

Vorlesetag mit Regine Lück

Der bundesweite Vorlesetag bat rund um den 18.11. wieder Prominente wie Politiker, Kindern Geschichten durchs Vorlesen nahe zu bringen.

Auch Regine Lück freute sich, dabei sein zu können. Sie war am 21.11. in der Alten Schmiede – dem Stadtteilbüro in Rostock-Toitenwinkel – und las dort Förderschülern aus 5. Klassen der „Schule Am Schäferteich“ Geschichten aus dem Buch „Gestatten Oskar“ von Peter Brock vor.

Die Schüler treffen sich regelmäßig für das Projekt „Schule in früheren Zeiten“ in der Alten Schmiede und proben ein Theaterstück, welches sie Ende November im Schweriner Schloss uraufführen werden. Im Theaterstück geht es um einen Opa, der jungen Schülern aus der heutigen Zeit von seiner damaligen Schulzeit berichtet. Dabei kommen lustige und haarstäubende Geschichten zutage. Zu Beginn ihres Besuchs stellten die Schüler Regine Lück eine Kostprobe ihres Stückes vor und lauschten schließlich in gemütlicher Runde der Geschichte vom Schüler Oskar. Es war ein spannender und lustiger Austausch, bei dem sich herausstellte, dass die Kinder froh sind, in der heutigen Zeit ohne Prügelstrafe und mit kleineren Klassen als früher lernen zu dürfen.



Katharina Schlaack



Hallo liebe Klartext-Leserinnen und Leser,

einige von euch kennen mich bereits, andere vielleicht noch nicht. Deshalb und weil es eine kleine Veränderung im Büro von unserer Landtagsabgeordneten Regine Lück gibt, ist es an der Zeit mal ein paar Zeilen zu schreiben.

Seit einem Jahr bin ich nun Mitarbeiterin von Regine. Parteimitglied bin ich seit

2009 und eine Linke im Leben und im Herzen schon sehr viel länger. Ich bin 32 Jahre alt und in Rostock geboren. Eine Auszeit von Stadt und Leuten habe ich Anfang 20 genommen, als es mich für ein Jahr in die Hauptstadt zog und ich dort als Gaststudentin mein Studium der Grundschulpädagogik verfolgen konnte. Eine zweite Auszeit kam dann mit 24 Jahren - da zog es mich ein Jahr nach Südamerika, ein halbes Jahr arbeitete ich in einer Favela (Slum) in Brasilien und habe ein Kindergartenprojekt mit aufgebaut, das andere halbe Jahr bin ich durch weitere Länder auf dem schönen Kontinent gereist und habe viele ökologische und alternative Projekte besucht als auch Land und Leute intensiv kennengelernt.

Wieder in Rostock wurde ich schon bald schwanger, habe mein Studium beendet und einen Sohn bekommen. Im Eine-Welt-Landesnetzwerk arbeitete ich dann halbtags als Projektkoordinatorin zum Thema „Fairer Handel“. Mit Herzblut engagiere ich mich in einem Verein, den ich mit Freunden gegründet habe. Wir schaffen und pflegen Infrastruktur für die Vernetzung

von linken Bewegungen, Einzelaktivistinnen und aktiven Gruppen, die sich für eine bessere Welt stark machen. Weiterhin bin ich Gewerkschafterin und nehme regelmäßig an der Berufsschultour des DGB teil, wo wir in Schulklassen aller möglichen Ausbildungsarten einen Projekttag zum Thema Demokratie und Mitbestimmung veranstalten - diese Arbeit macht mir große Freude, ist sie doch so nah dran an den Problemen und Anliegen der Menschen in unserer Gesellschaft. Das ist auch der Grund, weshalb ich gerne hier im Büro von Regine arbeite und mich für die Belange unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger stark machen.

Seit diesem November arbeiten wir nun zu zweit für Regine. Da ihre zur Verfügung stehende Stundenzahl auf vierzig angehoben wurde, mir es aber wichtig war, weiterhin auch das Engagement außerhalb der Partei zu pflegen, hat Regine sich für zwei Mitarbeiterinnen entschieden. Herzlich Willkommen, Ellen! Ellen und ich teilen uns nun die Zeit in zweimal zwanzig Stunden und sind abwechselnd vormittags und nachmittags im Büro anzutreffen.

Ellen Fiedelmeier

Hallo Rostock, hallo Klartext!

Ich freue mich sehr, in Rostock wieder kräftige Wurzeln zu schlagen und Regine gemeinsam mit Katharina in der Wahlkreisarbeit zu unterstützen! Neugierig zog es mich 1999 nach dem Abitur zum Studieren nach Dortmund und Hamburg, lange habe ich schließlich in Hamburg studiert, gelebt und gearbeitet. Wie ein Ableger einer Pflanze, die mit Rostock meine Heimat ist, ließ mich die Stadt, meine Familie und Freunde und mehr und mehr auch die linkspolitisch aktive Szene in Rostock nicht los, sondern zog mich sogar immer mehr an. Nach 11 Jahren Hamburg, der Geburt meines Sohnes im letzten Jahr stand ich nun vor der Entscheidung: Wo den Kleinen aufwachsen lassen? Wo will ich wachsen? Die Antwort war leicht. Endlich zurück, nur noch in einer Stadt leben, hier aber richtig, mit Salz in der Nase und Pedalen unter den Füßen. Hamburg ist eine große Großstadt, Rostock eine kleine aber feine Großstadt. Hier will ich nicht mehr

nur Ableger sein, sondern eigene Wurzeln, im Sinne von Spuren hinterlassen.

Nach meinem Abschluss 2007 dort habe ich an der HafenCity Universität Hamburg 4 Jahre in zwei verschiedenen Positionen quasi mit der gesamten Uni, vom Präsidium bis zu den Sekretärinnen, von der Verwaltung bis zu den Professorinnen und Professoren (als Assistentin des Vizepräsidenten Forschung) sowie mit Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten sowie mit Studierenden auf der großen Elbinsel in Hamburg-Wilhelmsburg gearbeitet (als Projektkoordinatorin und -entwicklerin der „Universität der Nachbarschaften“). Ich bin Stadtplanerin, aber eine kritische, die ihre eigene Profession und Rolle in Frage stellt. Denn Stadtentwicklung - ja - ist unglaublich spannend, vielfältig und komplex. Doch Stadtplanung handelt oft unreflektiert im Zeichen derer, die ein großes Gewicht haben, sei es durch wirtschaftliche Kraft oder politische Macht. Das wird schnell „alternativlos“ bzw. überlässt den Bürgerinnen und Bürgern gerade noch die



Wahl zwischen roten oder blauen Bänken (polemisch gesagt). Leute stark machen, sich für ihre Umgebung, für eine bessere Welt einzusetzen, in der die Frage „In welcher Stadt (oder Gesellschaft) möchten wir leben?“ möglich ist und konkret gelebt wird - deshalb engagiere ich mich wie Katharina in einem Verein und mit der Wahlkreismitarbeit Regine Lück.

Für das kommende Jahr sind wir verstärkt in Regines Wahlkreis aktiv - aber dazu mehr in den kommenden Ausgaben.

Kerstin Liebich in Markgrafenheide

5 Tage nach der Aufstellung als Kandidatin lernten wir Kerstin kennen und schätzen.

Sympathisanten, Familienangehörige und Mitglieder der BO löcherten sie mit Fragen und überhäuftten sie mit zugegebenermaßen sehr konkreten Informationen und Aufgaben. Dabei ist Sie noch nicht Oberbürgermeisterin. Trotz fehlender Heizung wärmte uns der Gedankenaustausch mit

ihr. Unsere Unterstützung beim Ziel Stichwahl bekommt Sie.

Wie wollen wir es schaffen, Dich bekannt zu machen?, war eine der Fragen. Antwort: Hier und heute ist ein Anfang, eure Familienangehörigen und Freunde solltet Ihr selbst informieren. Zum Gang zur Wahlurne oder den Griff zur Briefwahl alle Genossen, Stammwähler und Sympathi-

santen aktivieren. Denn nicht umsonst schreiben wir ab jetzt: Rostock--lieb-ich

Henry Klützke, Sprecher BO Hohe Düne/
Markgrafenheide



Weihnachtsgrüße der Kreisvorsitzenden

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

zum bevorstehenden Jahreswechsel 2011/2012 übermittle ich Euch im Namen des Kreisvorstandes sowie der Bundes- und Landtagsabgeordneten Steffen Bockhahn, Regine Lück und Hikmat Al-Sabty herzliche Grüße. Wir verbinden unsere Grüße mit dem Dank für die engagierte politische Arbeit und Unterstützung im zu Ende gehenden Jahr 2011. Dieses Engagement war die Grundlage dafür, dass wir bei der Landtagswahl in Rostock gute und sehr gute Ergebnisse erreichen konnten und wieder mit zwei Abgeordneten im Landtag vertreten sind.

Auch 2012 ist für uns ein wichtiges Wahljahr, denn am 5. Februar wird ein (hoffentlich) neuer Oberbürgermeister bzw. eine Oberbürgermeisterin gewählt. Ich freue mich, dass wir mit Kerstin Liebich eine hervorragende, fachlich qualifizierte und politisch erfahrene Kandidatin für DIE LINKE gewinnen konnten. Bitte unterstützt Kerstin und die Wahlkampfmann- und -frauen dabei, für sie und uns um die Stimme der Rostockerinnen und Rostocker zu werben.

Mit den besten Wünschen
für die Weihnachtfeiertage
und das neue Jahr

Euer Wolfgang Methling
Kreisvorsitzender Rostock

Liebe Genossinnen, liebe Genossen und geschätzte Freunde!

In einem Zitat von Marx heißt es: „Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Mehrheit.“ Obwohl dieser Ausspruch bereits über 150 Jahre alt ist, könnte er Geleitwort des Jahres 2011 gewesen sein. Denn Mitglieder der Partei und Mitstreiter traten an, um die politischen Visionen in die Tat um zu setzen. Hierzu galt es das Wahljahr erfolgreich zu gestalten und trotzdem die tägliche Arbeit in den Stadt- und Gemeindevertretungen mit aller Besonnenheit weiter zu führen.

Am Anfang des Jahres wählten wir aus unseren Reihen Genossinnen, Genossen und Freunde aus, die die Partei im anstehenden Wahlkampf vertraten. Es gelang uns, Differenzen zurückzustellen und einen beherzten Wahlkampf zu führen. Viele zeigten gerade in dieser Zeit, wie viel Kraft und Engagement in unseren Reihen steckt.

Mit Stolz können wir den Ausgang der Wahlen betrachten. 18,4% der abgegebenen Stimmen auf Landesebene, die drittstärkste politische Kraft in den Kreisvertretungen bzw. in allen Kreistagen des Landes vertreten zu sein, sind Anzeichen für die Richtigkeit unserer Politik.

Der folgende Bundesparteitag in Erfurt sollte beweisen, dass es möglich sein sollte, Kompromisse zu beschließen und den politischen Mainstream zu verlassen.

Trotz aller Erfolge bleiben aber viele unbeantwortete Fragen. Unter den Bedingungen einer sich verändernden Zivilgesellschaft steht eine entscheidende Frage. Welche Antworten können wir auf bestehende Probleme den Bürgerinnen und Bürger geben.

Stellvertretend für den Kreisvorstand des Landkreises Rostock möchte ich mich abschließend bei allen Mitgliedern und Anhängern der Partei DIE LINKE für die geleistete Arbeit bedanken. Ich hoffe und wünsche uns auch weiterhin Schaffenskraft, um unsere Vision von einer neuen menschlichen Gesellschaft verwirklichen zu können.

Mit solidarischen Grüßen
Frank Jegust
Kreisvorsitzender Landkreis Rostock

Leserbrief

Liebe Freunde der Redaktion,

diesen Leserbrief stelle ich unter die Überschrift: „Einige Gedanken zur Lage und ein Gedicht von Bert Brecht“.

Was liest man, was hört man, was sieht und spürt man? Ich zähle einfach mal auf: Kriegseinsätze der Bundeswehr auf Beschluss der Mehrheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag – Arbeitslosigkeit – wachsende Armut – Zunahme der Niedriglöhner und Aufstocker – Scheindebatten über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns – Misere des Bildungswesens allgemein und speziell im Universitäts- und Schulbereich – Abbau

auf allen sozialpolitischen Gebieten – Einschränkungen im Gesundheits- und Pflegebereich – Siechtum und Absterben von Einrichtungen wie Theatern, Orchestern und Kulturvereinen – Gewaltorgien bei staatlichen Veranstaltungen, z.B. in Fußballstadien – Verachtung und Verfolgung von Ausländern und deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund – Verbreitung von Hetzthesen eines immer noch SPD-Mitgliedes namens Sarrazin – Zunahme NPD-gesteuerter Auftritte – Wirkungsloser Verfassungsschutz gegen Mörder an Polizisten und zivilen Bürgern; Mörder, die sich offen zum Nazi- und Hitlerfaschismus bekennen.

Dies ist längst nicht alles, was man aufzählen kann. Und über den ganzen Zuständen und Verhältnissen: die ökonomische und ökologische Krise und die Diktatur der Finanzmärkte über die Gesellschaft. Wie nimmt dazu eine Partei, die sich als „Volkspartei“ bezeichnet, auf dem Parteitag der CDU dazu Stellung? Bert Brecht gab der CDU diesen Rat, den sie offenbar befolgt.

Fortsetzung Seite 15

Termine aus HRO, GÜ und DBR

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 12. Dezember 2011	15:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Evershagen	Rostock	MGH Evershagen
Montag, 12. Dezember 2011	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 13. Dezember 2011	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Dienstag, 13. Dezember 2011	20:00 Uhr	Junge LINKE. Stammtisch	Rostock	Ulmenstraße 38
Donnerstag, 15. Dezember 2011	18:00 Uhr	Dankeschönveranstaltung	Kreisvorstand Alt-Güstrow	
Dienstag, 20. Dezember 2011	16:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 20. Dezember 2011	16:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 2. Januar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Montag, 9. Januar 2012	15:00 Uhr	Einwohner_innenversammlung Südstadt	Rostock	SBZ Südstadt
Montag, 9. Januar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Montag, 16. Januar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 17. Januar 2012	19:00 Uhr	Podiumsdiskussion "Kultur in Rostock"	Rostock	Bühne 602 Compagnie de Comédie
Freitag, 20. Januar 2012	17:00 Uhr	Öffentliche Podiumsdiskussion Werkstattschule	Rostock	Pawlowstr. 16
Montag, 23. Januar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Montag, 30. Januar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Sonntag, 5. Februar 2012	8:00 Uhr	Oberbürgermeisterwahlen	Rostock	

Er schrieb:

DAS LIED VON DER TÜNCHEN

Ist wo etwas faul und rieselt's im Gemäuer
 Dann ist's nötig, dass man etwas tut
 Und die Fäulnis wächst ganz ungeheuer.
 Wenn das einer sieht, das ist nicht gut.
 Da ist Tünche nötig, frische Tünche nötig!
 Wenn der Saustall einfällt, ist's zu spät!
 Gebt uns Tünche, dann sind wir erbötig
 Alles so zu machen, dass es noch mal geht.
 Da ist schon wieder ein neuer
 Hässlicher Fleck am Gemäuer!
 Das ist nicht gut. (Gar nicht gut.)
 Da sind neue Risse!
 Lauter Hindernisse!

Da ist's nötig, dass man noch mehr tut!
 Wenn's doch endlich aufwärtsginge!
 Diese fürchterlichen Sprünge
 Sind nicht gut! (Gar nicht gut.)
 Drum ist Tünche nötig! Viele Tünche nötig!
 Wenn der Saustall einfällt, ist's zu spät!
 Gebt uns Tünche und wir sind erbötig
 Alles so zu machen, dass es noch mal geht.
 Hier ist Tünche! Macht doch kein Geschrei!
 Hier steht Tünche Tag und Nacht bereit.
 Hier ist Tünche, da wird alles neu
 Und dann habt ihr eure neue Zeit!

Aus: Brecht, Suhrkamp Verlag, Bd. XIV, S. 99

Manfred Adam, 15.11.2011



Liebichs Büchersafari

Judith Schalansky „Der Hals der Giraffe“

Ich liebe Bücher. Vor allem, wenn sie liebevolle Gewänder haben, die Lust auf mehr machen. So wie die Bücher von Judith Schalansky. Dem neuen Roman hat sie ein graues, fast grobes Leinengewand verpasst. Es findet sich kein Schutzumschlag, aber eine Prägung. Auf dem Buchdeckel ist eine Giraffe zu sehen. Und so heißt das Buch dann auch „Der Hals der Giraffe“.

Die Hauptfigur des Romans, Inge Lohmark, ist ein spröder Charakter. So scheint es zumindest am Beginn. Schalansky hat in einem Interview zu ihrer Figur gesagt, Lohmark sei ein strenger Mensch. Im Verlaufe des Buches sei sie aber bespürbar und fühle selbst. Ich habe das beim Lesen genau so empfunden.

Die Biologielehrerin lebt in der ostdeutschen Provinz, in der Nähe von Demmin. Die Naturwissenschaften prägen ihr gesamtes Denken und geben ihr mit ihren Systematiken und klaren Strukturen Halt. Halt in einer Welt, die mit der politischen Wende aus den Fugen geraten ist. Sie sind der einzige Anker. Ihre Familie ist, wie die Gesellschaft um sie herum, auseinandergebrochen. Die Tochter lebt in Amerika, hat keinen Kontakt mehr zur Mutter. Der Ehemann züchtet Strauße. Das alles wirkt so grotesk und bitter-komisch, so wie die Wirklichkeit eben ist. Exotische Tiere werden dort gehalten, wo die Menschen zu Tausenden weggegangen sind. Diese „Versteppung“ von Gesellschaft und Natur macht auf der anderen Seite man-

ches möglich. Das beschreibt Schalansky unheimlich, humorvoll und dennoch tief traurig.

Lohmark ist auf der einen Seite Anhängerin von Darwin und Lamark, andererseits hat sie sich in den letzten 20 Jahren zu einer Neoliberalen entwickelt. Wobei das natürlich nicht gegeneinander steht, sondern durchaus eine eigene, zusammengehörende Logik hat. In ihrem eigenen Wertesystem ist sie die Verliererin. Das fühlt sie wohl, will es sich aber nicht recht eingestehen und setzt ihre Schüler einem erbitterten Kampf der Naturgesetze aus. Nur der Starke kann überleben, nur der Erfolgreiche hat eine Chance. Meisterlich, wie Schalansky das mit ihrer Sprache vermitteln kann. Sätze, die ins Schwarze treffen.

Es gibt drei Kapitel, die biologischen Themen verpflichtet sind: Naturhaushalte, Vererbungsvorgänge und Entwicklungslehre. In diesen Kapiteln lässt Schalansky Lohmark gegen die „Verblödung“ der Umwelt ankämpfen. In ihrem Unterricht versucht die Lehrerin mit Mitteln der Naturwissenschaft den Schülern ihr Leben zu erklären. Dabei wirkt das alles wie ein Mantra der Hauptfigur selbst. Ausgesprochen, um in dieser Leere überhaupt noch überleben zu können.

Dieser Roman ist lesenswert. Komisch, ironisch, einfühlsam und gleichzeitig brutal und traurig. Ich wünsche ihm viele Leserinnen und Leser.

Kerstin Liebich

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Up un Dal



Gewinner:

Der Rostocker FDP-Sozialpolitiker Ralf Grabow hat seine Partei verlassen, weil er in der FDP keine Chance mehr für eine soziale Politik sieht. Sein konsequentes Handeln macht ihn zu einem Gewinner und die FDP zum Dauerverlierer.

Verlierer:

Spaniens Sozialisten. Sie ließen das Volk für die Folgen der Finanzkrise bluten. Nun haben die Konservativen eine absolute Mehrheit im Parlament. Verlierer ist auch Mathias Brodkorb. Der neue Kultusminister in Schwerin betreibt eine neoliberale Kulturpolitik und lässt unsere Theater vor die Hunde gehen.

Zitat der Woche

„Sei ganz du selbst, und das möglichst weit weg.“

Ruth Rendell, britische Schriftstellerin. Ob sie den Baron zu Gutenberg kennt?

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer las Rostocker Kindern am Vorlese- tag aus einem Klassiker der DDR-Kinderliteratur vor?
2. Wie heißt die neue Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Regine Lück?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 31.12.2011.